

Bundestagswahl, Historiker-Debatte und „Kulturrevolution von rechts“

Von Arno Klönne

Der folgende Beitrag des Paderborner Sozialwissenschaftlers und Historikers Prof. Dr. Arno Klönne stellt die Historiker-Debatte (vgl. „Blätter“, Hefte 10 und 12/1986 sowie 1 und 2/1987; siehe auch den Beitrag von Lew Besymenski in diesem Heft) in den größeren Kontext der Wandlungen im rechten Spektrum der politischen Kultur dieses Landes. Er macht darauf aufmerksam, daß auch nach dem ungünstigeren Abschneiden der Unionsparteien bei den Bundestagswahlen nicht davon auszugehen ist, daß die neorevisionistischen Vorstöße an Brisanz verlieren. Die jüngst von Heinrich Lummer, inzwischen zum Bundestagsabgeordneten für West-Berlin nominiert, vorgelegten Thesen zur Integrationsaufgabe der Union nach rechts lassen an der von Klönne formulierten Warnung keinen Zweifel. Lummer stellt die „Renaissance der nationalen Frage“ und den – schon von Franz Josef Strauß so bezeichneten – „aufrechten Gang“ trotz der „schlimmen Zeit von 1933 bis 1945“ bewußt neben die Warnung vor „Überfremdung“ und vor „Laschheit bei der Beantwortung der Fragen innerer Sicherheit“ (vgl. „Die Welt“, 28. 1. 1987). Hier zeichnen sich die Umriss des Konzepts einer „zweiten Wende“, ja einer Veränderung der politischen Landschaft (Stichwort „neue Partei“ rechts außen) ab, die volle Aufmerksamkeit beanspruchen. Solche Tendenzen, das macht Klönne deutlich, verfügen inzwischen über ein einflußreiches rechtsintellektuelles (auch akademisches) Umfeld, in dem die neorevisionistischen Historiker gleichsam die Spitze des Eisbergs bilden. D. Red.

Bei oberflächlicher Betrachtung mag das Ergebnis der jüngsten Bundestagswahlen als Beleg dafür gelten, daß eine „Rechtsaußen“-Position in der Bundesrepublik keinen ernstzunehmenden Einfluß erreichen könne. Der Blick auf die Veränderungen in der politischen Kultur, die sich seit einigen Jahren hierzulande vollziehen und die nun auch in wahlpolitischen Argumenten Ausdruck fanden, muß freilich zu einer weniger optimistischen Einschätzung kommen.

Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ hat mit den kritischen Hinweisen von Jürgen Habermas auf „Revisionen“ geschichtswissenschaftlicher Deutung der nationalsozialistischen Vergangenheit eine Debatte ausgelöst, die an den Tag brachte, daß die „Entsorgung“ bereits weiter vorangeschritten ist, als es auch Habermas selbst zunächst erschienen war. Ernst Nolte und seine Mitrevisionisten greifen aber nur eine Geschichtssicht auf, die unterhalb der seriösen Wissenschaft längst Verbreitung gefunden hat. Nicht ohne Grund konnte die Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, zu deren Autoren auch Alfred Schickel gehört, kürzlich konstatieren: „Es ist eine Frage der Zeit,

wie lange die . . . Sicht der Siegerpropaganda sich noch in den Reden der Politiker, insbesondere des Bundespräsidenten halten kann." Bezeichnend ist, daß die Mitarbeit an dieser Zeitschrift (die vom Verfassungsschutzbericht – wie lange noch? – als rechtsextremistisch eingestuft wird), für Schickel als Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ keine Zugangsschwierigkeiten etwa beim „Bayernkurier“ mit sich bringt.

„Die Zeit“ hat in ihrer Ausgabe vom 9. Januar 1987 über die Alte/Neue Rechte „im Halbdunkel von Literatur und Publizistik“ informiert. Allerdings ist zu fragen, ob es wirklich nur mißbräuchliche Nutzung ist (wie „Die Zeit“ meint), die „rechtsextreme Publizistik einflußreichen Wissenschaftlern und angesehenen Verlagen“ angeeignet läßt. Zu befürchten ist, daß hier inzwischen ein breites Feld von inhaltlichen Übereinstimmungen entstanden ist. Der Begriff „Rechtsextremismus“ erweist sich dabei als unscharf, weil er den Anschein erweckt, es handele sich um „Außenseiter der Gesellschaft“, die da ideologisch tätig werden; tatsächlich geht es aber eher um Rechtsentwicklungen in der politischen Stammkultur der Bundesrepublik.

Es liegt nahe, daß vor allem die Unionsparteien durch das Vorrücken einer kulturellen und ideologischen Neuen Rechten (die an die westdeutsche Alte Rechte anknüpft, aber diese nicht einfach nur fortsetzt) vor die Frage gestellt sind, wie sie darauf zu reagieren gedenken.

Die Repräsentanten der CSU haben auf ihre Weise Antworten gegeben. Rechts von der CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben, so hat zunächst Franz Josef Strauß formuliert; der CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel sagte es dann etwas anders: Die CSU müsse das, wie er es nennt, demokratische Protestpotential von 10 bis 15% der Wähler am Rande des Spektrums rechts erreichen. Und schließlich hat Franz Josef Strauß noch einmal nachformuliert: Die CSU müsse den Bereich „von links der Mitte über die Mitte nach rechts bis zur Grenze des demokratischen Spektrums“ abdecken.

Die CSU-Führung hat auch die Signale dafür gesetzt, wie die parteipolitische Einbindung des Potentials „am Rande des Spektrums rechts“ bewerkstelligt werden soll: Es soll Schluß sein mit der, wie Strauß sagt, „Selbstdemütigung der Deutschen“; diese dürften nicht als „Dauersteher an der Klagemauer fungieren“. Dauernde Vergangenheitsbewältigung „lähme“ ein Volk. Und Waigel hat hinzugefügt: Die CSU müsse wieder als „Richtungspartei“ wahrnehmbar werden; ihre Grundsatzpositionen, so etwa beim Asylrecht, beim Demonstrationsstrafrecht und bei der Außenpolitik müßten deutlicher herausgestellt werden, um das Protestpotential rechts integrieren zu können.

Das klingt kalkulatorisch, und es paßt in jedes gedankliche Mischmuster von abgesunkener Kommunikationswissenschaft und Marketing, das heutzutage Wahlstrategien beherrscht. Da werden Begriffe besetzt und zum eigenen Angebot gemacht, um Wähler einzubinden; aber es wird dabei leicht überse-

hen, daß solche Begriffe ihre eigene Dynamik haben, daß sie ihrerseits Politik besetzen und Parteien binden können.

Die intellektuellen Wortführer des von Theo Waigel gemeinten rechten Protestpotentials nehmen partei- und wahlstrategische Überlegungen nicht allzu wichtig, jedenfalls sehen sie hier nicht das Terrain, auf dem zur Zeit die Machtverhältnisse verändert werden könnten. Bei der Neuen Rechten, aber auch bei Teilen der Alten Rechten in der Bundesrepublik wird inzwischen ganz überwiegend langfristig gedacht und geplant, und das heißt eben auch: Man ist hier nicht mehr auf den kurzfristigen Organisationserfolg der eigenen Gruppe, nicht mehr auf die Geschlossenheit des eigenen Milieus und Weltbildes fixiert, sondern man verhält sich kulturrevolutionär, man betreibt Ideenpolitik, stellt dafür publizistische Infrastrukturen her, sucht Kontakte und Bündnisse, öffnet sich und vereinnahmt zugleich, zielt eine ideologische Hegemonie als Bedingung für die Neuverteilung der Positionen im Feld der organisierten Politik an.

Die Entwicklung der Publizistik „am rechten Rande des Spektrums“, um bei dieser Kennzeichnung zu bleiben, läßt seit einer Reihe von Jahren deutliche politische Strukturveränderungen erkennen:

Abkehr vom Traditionalismus

Erstens stellt sich eine Abkehr vom plumpen oder dumpfen Traditionalismus im Stile der Harzburger Front, der Mischung von deutschnationalen und nazistischen Motiven also, jedenfalls bei jenen Zeitschriften oder anderen Veröffentlichungen heraus, die sich an die nachwachsende Generation wenden. Statt dessen wird die Verbindung zum wissenschaftlichen Diskurs gesucht und zugleich werden Themen aufgegriffen, die dem öffentlichen Verständnis nach eher als grün-alternativ oder links gelten, wie etwa ökologische Probleme, Kapitalismuskritik, Technikkritik, Kritik am Rüstungswetlauf oder an den Supermächten.

Allerdings ist hier gleich anzumerken: Das öffentliche Verständnis leidet in diesem Punkte unter Erinnerungslücken, denn so verwunderlich sind solche Themen als rechte Themen keineswegs. Es gab und gibt nicht nur die noch am ehesten wahrgenommenen Berührungspunkte zwischen einer altkonservativen und einer grün-alternativen Unmutshaltung gegenüber dem Industriesystem, sondern es existieren auch lebensreformerische, naturschützerische und antikapitalistische Beimischungen in der Gedankenwelt der sogenannten konservativen Revolution vor 1933, auch im Ideologiemisch des historischen Faschismus oder Nationalsozialismus. Die kulturrevolutionär gesonnene Neue Rechte in der Bundesrepublik (wie übrigens auch in Frankreich und in Italien) ist in hohem Maße philosophisch interessiert, setzt Philosophie als Waffe im – wie sie es versteht – Krieg um die Köpfe ein, und sie greift dabei vornehmlich auf die Überlieferungen der vorkonservativen konservativen Revolutionäre zurück, auch auf Denker, die dieser Geistesrichtung Anregungen gaben oder die von ihr angeregt wurden. Das Thule-Seminar – beispielsweise – führt

Friedrich Nietzsche und Oswald Spengler, Julius Evola und Arnold Gehlen, Ernst Jünger und Martin Heidegger, Konrad Lorenz und Carl Schmitt in seiner Ahnenreihe auf, und es versteht sich, daß von hier aus die Kontaktnahme zum herrschenden Wissenschaftsbetrieb leicht fällt, sehr viel leichter jedenfalls, als wenn sich eine neurechte Gruppierung auf Alfred Rosenberg berufen wollte, zumal dieser mit wissenschaftlichen Ritualen wenig vertraut war.

Der Zugewinn an Intellektualität, den die Neue Rechte seit den 70er Jahren zweifellos aufweisen kann, bietet freilich keine Garantie gegen Rutschgefahren ins faschistische Denken. Das Thule-Seminar als Beispiel genommen: Gewiß geht es hier gedanklich feiner zu als bei der NPD, aber der Bruch mit den Grundrechtsideen der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik ist in der Thule-Metapolitik vielfach radikal vollzogen, so mancher Nationaldemokrat könnte das Fürchten lernen, wenn er verstehen würde, was neurechte Philosophie hier im Schilde führt.

Die Grenzen der „Lager“ verschwimmen

Ein zweites Kennzeichen des Strukturwandels im rechten Teil des politischen Spektrums: Der „Lagercharakter“, der für die Alte Rechte in der Bundesrepublik weithin bezeichnend war, löst sich bei der Neuen Rechten auf, die Grenzbeziehungen zwischen den verschiedenen Richtungen des rechten Potentials geraten ins Schwimmen, die Schranken in der Kommunikation zwischen Konservativen und Rechtsextremen, Neokonservativen und Neuen Rechten, mitunter aber auch zwischen Neuen Rechten und Grün-alternativ-Linken werden niedriger oder entfallen ganz. Dieser Vorgang hat damit zu tun, daß die Neue Rechte sich weniger borniert gibt als es die Alte Rechte in der Bundesrepublik früher tat; aber mehr noch spielt hier mit, daß in jenen politischen Potentialen, die, parteipolitisch gesprochen, mit den Unionsparteien beginnend zur Mitte hin und von dort aus nach links reichen, in zunehmendem Umfange Argumente und Positionen gesprächsfähig werden, die bis vor kurzem noch als extremistisch galten oder wegen ihrer Verwandtschaft zum Faschismus bzw. Nationalsozialismus mit einem Tabu belegt waren. In dieser Hinsicht verlagern sich ganz offensichtlich die Maßstäbe zugunsten der Rechten; es steht ja nicht ein für allemal fest, was in einer Gesellschaft als „rechter Rand des Spektrums“ definiert wird.

Der Bochumer Politikwissenschaftler Bernard Willms, der seit seinem 1982 erschienenen Buch „Die deutsche Nation“ zum führenden Theoretiker des westdeutschen Neonationalismus aufgestiegen ist, hat in der Lageeinschätzung durchaus recht, wenn er schreibt: „Heute kann man in Deutschland auf eine Weise von der Nation reden, die vor ein paar Jahren noch nicht möglich war. Im politisch-geistigen Spektrum verschiebt sich das, was man, leichtfertig mit dem Wort, als rechtsradikal abtun kann, eben nach rechts.“ Für Willms, der naheliegenderweise den Begriff „rechtsradikal“ nicht mag, dessen heutige Ideen ihm selbst aber wohl vor fünfzehn Jahren noch als rechtsextremistisch

erschienen wären, ist „die Existenz der Nation das unumgänglich Erste“, für ihm gibt es „keine Idee über der Idee der Nation, keine der Nation übergeordneten Prinzipien, schon gar keine moralischen“. Identität liegt für Willms „in der Nation, nicht in der Verfassung“. Der, wie er sagt, „sogenannte Antifaschismus“ ist für Willms „kollektiver Selbsthaß, identitätsstörend“, die moralische Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus ist für ihn nichts weiter als „eine Waffe im fortgesetzten Versuch zur Niederhaltung der Deutschen als Nation“, die „Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland mit anderen Mitteln“.

Wer die Reden und Publikationen von Bernard Willms liest, der muß verwundert sein darüber, daß die Historiker-Kontroversen über den Umgang mit der deutschen Vergangenheit als Auffälligkeit in Erscheinung treten konnten. Ohne die Bedeutung eines geschichtswissenschaftlichen Revisionismus im Hinblick auf das Dritte Reich zu unterschätzen, läßt sich doch feststellen: Die Aufforderung, um der „nationalen Identität“ willen die „Wunde Hitler“ zu schließen, ist von Willms früher, effektvoller und radikaler unter die Leute gebracht worden als von irgendeinem der westdeutschen Historiker, und die von Willms vertretene Position wurde weithin als durchaus legitim und annehmbar oder doch wenigstens nachdenkenswert anerkannt.

Um dies an publizistischen Verfahrensweisen deutlich zu machen: Willms konnte und kann seinen radikalen „nationalen Imperativ“ in Zeitschriften verkünden, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordnet werden, aber auch in der Tageszeitung „Die Welt“ und in einer Schrift des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim, und die NPD-Studentenzeitschrift belobigt Willms und seine Auffassungen ebenso wie die „Frankfurter Allgemeine“.

Ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie die Trennlinie zwischen dem konservativen und dem rechtsextremen, dem neokonservativen und dem neu-rechten politischen Diskurs sich verflüchtigen, ist die leseleicht gemachte und gut gebildete rechte Monatszeitschrift „Mut“, keineswegs eine bereits vergangene „Jugendzeitschrift“ (wie „Die Zeit“ neulich schrieb). In dem 1984 von Bundesinnenminister Zimmermann vorgelegten Verfassungsschutzbericht findet sich die Zeitschrift „Mut“ noch unter der Rubrik „Rechtsextremistische Publikationen“; inzwischen wird sie dort nicht mehr aufgeführt. Nicht so, als hätte die Zeitschrift ihre alten Mitarbeiter und Ideen verdrängt, aber sie hat neue Autoren hinzugewonnen, und als „Mut“-Mitarbeiter treten nun neben Bernard Willms, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Alfred Schickel, Günther Zehm, Hellmut Diwald, Armin Mohler und Klaus Hornung auch auf: der langjährige Wissenschaftspolitiker der SPD, Ulrich Lohmar und der kürzlich verabschiedete bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier. Das New-Age-Informationsblatt „Trendwende“ empfiehlt seinen Lesern die Zeitschrift „Mut“ als Ausdruck „globalen Denkens und lokalen Handelns“, womit gemeint ist: als Organ nationaler Identitätssuche, und die Tageszeitung „Die Welt“ wirbt redaktionell für diese

Zeitschrift mit dem Satz „Mut spricht den Deutschen Mut zu. Sie können ihn brauchen“.

Daß die westdeutsche Rechte bei ihren kulturrevolutionären Versuchen nicht ohne Erfolg bleibt, daß sie aus langjährigen Isolierungen herauskommen konnte, läßt sich auch im Verlagswesen und im Büchermarkt erkennen. Es wird, so meine ich, noch kaum hinreichend zur Kenntnis genommen, welch ein Wandel sich hier binnen weniger Jahre vollzogen hat. Die Alte Rechte war, bis in die 70er Jahre hinein, in ihrer politischen Buchpublizistik auf einige, auch in der konservativen Öffentlichkeit als extremistisch etikettierte Verlage eingegrenzt, ansonsten gab es eine verdeckte rechte Traditionspflege, die als nicht anstößig galt, am ehesten – und dort allerdings massenwirksam – in der Kriegserinnerungsliteratur.

Heute hingegen haben auch extreme rechte Positionen viele Möglichkeiten, in Verlagen zum Zuge zu kommen, die nicht als politisch randständig gelten, und manche altrechten Verlage haben sich aus der einstigen Etikettierung lösen können, ohne deswegen nun auf ihre gewohnten Argumente zu verzichten.

Vielfalt und Arbeitsteilung im rechten Spektrum

Ein *drittes* Merkmal struktureller Veränderungen bei der westdeutschen Rechten läßt sich wie folgt beschreiben: Die Vielfalt der politischen und ideologischen Optionen im rechten Teil des gesellschaftlichen Spektrums der Bundesrepublik ist heute weitaus größer als in den 50er und 60er Jahren; die Milieus, aus denen die Rechte sich rekrutiert und in denen sie sich bewegt, weisen größere Unterschiede auf; die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Rechten sind oft so tiefreichend, daß es kaum möglich erscheint, den rechten Konsens zu identifizieren. Nimmt man die Phänomene, so lassen sich nur schwer Gemeinsamkeiten erkennen zwischen den Kampfblättern des Dr. Frey und der sogenannten Metapolitik der Thule-Zeitschrift „elemente“, zwischen dem bildungsbürgerlich-rechten Periodikum „criticón“ und dem Blatt der Schönhuber-Republikaner, zwischen der immer noch rechtstraditionalistischen Monatsschrift „Nation Europa“ und dem nationalrevolutionären Blatt „Neue Zeit“, zwischen der nachdenklichen Taschenbuch-Zeitschrift „Initiative“ im Herder-Verlag und den aggressiven „Deutschen Monatsheften“ im Türmer-Verlag. Und tatsächlich wäre es auch von der Substanz her falsch, all diese Publikationen mit ihren Texten und Autoren in eine große Schublade mit der Aufschrift „Rechtsradikalismus“ oder gar „Neonazismus“ zu schieben.

Aber es gibt sehr wohl Schnittmengen der Politikauffassungen und der Weltbilder zwischen solch unterschiedlichen Publikationen, ihren Lesern und Mitarbeitern; es bestehen operative und personelle Querverbindungen, und es existiert kaum so etwas wie ideologische Berührungsscheu.

Dem außenstehenden Beobachter bietet sich das Bild einer nicht unbedingt und nicht immer gewollten, aber doch funktionierenden Arbeitsteilung verschiedener Gruppierungen und Fraktionen einer rechtsgerichteten Fundamentalopposition in der Bundesrepublik, wohlgemerkt: einer auf die Umorientierung der politischen Kultur, der gesellschaftlich geltenden Grundwerte gerichteten Opposition; denn nur zum Teil setzt diese Rechte auch auf die Möglichkeit einer parteipolitisch-parlamentarischen Opposition; zum anderen Teil – oder auch mit der anderen Hand – geht es ihr um die ideologische Umwälzung in den Unionsparteien, mitunter auch um die Verpflichtung der Sozialdemokratie oder der Grünen auf den „nationalen Imperativ“ in dem Sinne, wie ihn etwa Willms formuliert.

Das rechte Intelligenzblatt „*criticón*“, das vor einiger Zeit auch die Zeitschrift „*Konservativ heute*“ in sich aufgenommen hat, hält intensive Verbindungen zu Unionspolitikern und läßt es in der Schwebe, ob auf längere Sicht aus den Rechten neben der Union und den Eben-noch-Unionswählern eine neue parteipolitische Formation zu bilden sei. Als Drohung jedenfalls halten die „*criticón*“-Leute den Gedanken der Parteineugründung bereit, und speziell diesem Zweck dient auch der seit Herbst vergangenen Jahres erscheinende Informationsdienst „*criticón* aktuell“, der den Unmut rechtskonservativer Kreise innerhalb oder außerhalb der Union mit der bisherigen Wendepolitik der Bundesregierung zu artikulieren weiß. Die Zeitschrift „*criticón*“ läßt keinen Zweifel daran, daß aus ihrer Sicht mit Kohl als Kanzler kein deutscher Staat zu machen sei, und sie klagt nicht nur Kohl an, daß er dem entspannungspolitischen „Genscherismus“ Spielraum zugestehe, sondern sie bezichtigt auch den CDU-Generalsekretär Geißler, der, so wörtlich, „sozialen Perversion“, weil er Rita Süßmuth eine „radikal-feministische Familienpolitik“ betreiben lasse.

Die Zeitschrift „*criticón*“ war es auch, in der Günter Rohrmoser, seinerzeit von dem CDU-Ministerpräsidenten Filbinger als Hausphilosoph nach Baden-Württemberg geholt, der Bonner Unions-Politik die Leviten las, woraufhin ihn Franz Josef Strauß als brillianten Analytiker würdigte. Rohrmoser schrieb, die Bonner Unionspolitik lasse die nationale Identität wie auch den christlich-bürgerlichen Familiensinn vermissen, die CDU – die CSU ließ er unerwähnt – sei dabei, „die alten und neuen Konservativen geistig und organisatorisch zu kastrieren“. Eine Wende nach der Wende sei vonnöten – eine Art konservativer Revolution in der Christdemokratie. „*criticón*“-Mitarbeiter Wolfgang Hieber münzte die Kritik an der CDU in eine Absage an diese Partei um, und er bediente sich dafür der Monatszeitschrift „*Nation Europa*“, die auch im neuesten Verfassungsschutzbericht noch als rechtsextremistisch bezeichnet wird und eher der NPD, den Republikanern oder der neuen „*Deutschen Volksliste*“ des Dr. Frey nahesteht als den gegenwärtigen Regierungsparteien.

Die CDU, so Hieber, werde unter dem heimlichen Vorsitz von Heiner Geißler zur sozialliberalen Wirtschaftspartei, die alles Konservative ausgrenze. Bezeichnend sei da Rita Süßmuth als „Emanze im Ministeramt“, die eine Pro-

vokation für jeden bürgerlichen oder konservativen Wähler darstelle. Ebenso bezeichnend sei, wie Geißler mit seinem „mensenrechtlichen Missionsdrang“ Chile, Südafrika oder Südkorea „belästige“. Hinter der Fassade seiner Polemik gegen die Linke verwandele Geißler die CDU in eine „gemäßigte SPD“, und dies alles sei nichts anderes als eine „Fernwirkung der Frankfurter Schule“. Hieber und „Nation Europa“ berufen sich auf den CDU-Abgeordneten Jürgen Todenhöfer, der ja selbst gesagt habe, konservative Bürger würden sich von der Union abwenden, wenn diese – etwa in der Ostpolitik, in der Frauenpolitik, beim Demonstrationsstrafrecht – bei ihrem gegenwärtigen Kurs bleibe.

Was in „Nation Europa“ zwar nicht in der Sache, aber doch im Ton noch halbwegs moderat vorgebracht wird, übertragen die Wochenzeitungen des Dr. Frey – „National-Zeitung“, „Deutscher Anzeiger“ und „Deutsche Wochenzeitung“ – in die Sprache der politischen Aggression.

In der programmatischen Ankündigung einer künftigen „nationalen Sammlung“, die später einmal auch parlamentarisch Einfluß nehmen soll, „Deutsche Volksliste“ genannt, steht zu lesen:

„Kohl betont die Absage an den deutschen Nationalstaat . . . Brandts verräterische Ostpolitik wird fortgesetzt, der Verzicht auf Ost- und Sudetendeutschland festgeschrieben. Noch nie wurden die Wehrlosesten der Wehrlosen, die Gefallenen und die Ungeborenen, so geschändet, noch nie waren sie so rechtlos wie jetzt. Weder hat Kohl den Abtreibungsmißbrauch bekämpft, noch hat er für den Ehrenschatz unserer Frontsoldaten und unserer Gefallenen gesorgt . . . Der Hetze gegen das deutsche Volk wird nicht entgegengetreten, sondern führende Unionspolitiker treiben diese Hetze auf den Höhepunkt. Richard von Weizsäcker propagiert eine Kollektivhaftung des deutschen Volkes, kommende Generationen eingeschlossen . . . Die Überfremdung hat sich weiter verstärkt. Die Zahl der Asylanten und vor allem der Scheinasylanten stieg seit der Zeit des Wendeversprechens um 400%. Kohl erweist sich als unfähig, die überfälligen gesetzlichen Maßnahmen durchzusetzen . . . Da die beschworene Wende ausgeblieben ist und die gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtete Politik fortgesetzt, ja verstärkt wird, muß jetzt gehandelt werden. Das Maß des Erträglichen ist übervoll.“

Soweit die Zeitungen des Dr. Frey. Handelt es sich hier um Äußerungen politisch abseitiger Krawallmacher? Der rüde Ton dieser Blätter darf nicht zu solchen Fehleinschätzungen veranlassen. Herr Dr. Frey ist nicht mit jenen Sektierern zu verwechseln, die der NSDAP nachträumen. Seine Wochenzeitungen haben laut Verfassungsschutzbericht eine Gesamtauflage von circa 130 000 Exemplaren. Dr. Frey und seine Leute schreiben nicht ohne Berechnung. Die vorhin zitierten Polemiken greifen politische Gefühle auf, die zum Teil auch bei den Unionsparteien Resonanz haben; sie radikalisieren Meinungen, die auch manchem Unionspolitiker nicht fremd sind. Und eben darauf wird in den Frey-Zeitungen spekuliert. Es ist nicht einmal ausgemacht, daß die Kreise um

Dr. Frey sich von einem künftigen Wahlaustritt der „Deutschen Volksliste“ die Herausbildung einer selbständigen parlamentarischen Kraft versprechen; es kann sein, daß es hier mehr um eine Zweckgründung geht, darauf bedacht, die Unionsparteien durch rechten Konkurrenzdruck weiter nach rechts zu drängen . . .

Integration der Neuen Rechten?

Was aber ist, wenn parteipolitische Strategien und ideologische Stellungnahmen in der gegenwärtigen westdeutschen Rechten, der alten oder neuen oder altneuen, vielfach weit auseinanderliegen, die gedanklich und praktisch zusammenhaltende Perspektive, das funktional einigende, gemeinsame Deutungsmuster, das vielversprechend und doch wieder diffus genug ist, Abstände zu überbrücken? Karlheinz Weißmann, einer der intelligenten Autoren in der westdeutschen Neuen Rechten, Mitarbeiter der Zeitschrift „Phönix“, die sich selbst als jungkonservativ bezeichnet, hat kürzlich eine wohlinformierte Bestandsaufnahme der Entwicklungen in der deutschen Rechten nach 1945 publiziert. Weißmann zeichnet nach, wie ein liberal-technokratischer Konservatismus in der Bundesrepublik, der in Wirtschaftswunderzeiten und auch in der Reaktion auf die Neue Linke oder die Studentenbewegung einige theoretische Positionen besetzen konnte, im Grunde keine soziale Verankerung fand und angesichts neuer gesellschaftlicher Krisenerscheinungen an Gewicht verlor. Plausibel legt Weißmann dar, daß es wenig Sinn hat, in Analogie zu der gegenwärtig in den USA einflußreichen Strömung von einem Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik zu sprechen. Zu tief seien die ideologischen Differenzen, zu unterschiedlich die historischen Anknüpfungspunkte. Der Satz, die Neo-Konservativen seien konservativ, weil sie liberal dächten, aber mit der Realität in Konflikt gerieten, sei bei unszulande nur in Ausnahmefällen zutreffend. Die Rekonstruktion des Konservatismus in der Bundesrepublik – so die Bezeichnung bei Weißmann, ich nenne es: die Herausbildung einer Neuen Rechten in vielen Varianten, diese Formierung also sei möglich geworden eben dadurch, daß gedankliche Traditionen wieder aufgegriffen wurden, die nicht durch Liberalität geprägt sind, die auch eher der Lebensphilosophie als dem Rationalismus zugehörig sind. Entscheidend aber, so Weißmann, sei für die Rekonstruktion des Konservatismus in der Bundesrepublik die Erneuerung des nationalen Arguments gewesen, der Widerruf der Umerziehung, der Bruch mit der Vergangenheitsbewältigung, der Rekurs auf die Nation als die ausschlaggebende Größe. Die Renationalisierung des Konservatismus in unserem Lande erst habe das politische Potential neu mobilisiert, habe auch neue ideologische Frontverläufe mit sich gebracht, und an der Frage einer neuen deutschen Nationalbewegung, nicht etwa an der gemeinsamen Gegnerschaft zum Kommunismus oder der Abwehr der Linken, müsse sich das Verhältnis zwischen der konservativen Rechten und den Unionsparteien klären.

„Renationalisierung“ – dieser Begriff enthält nicht nur deutschlandpolitische, sondern mehr noch gesellschaftsphilosophische Dimensionen, er zielt auf politische Weltbilder ab, auch auf ein bestimmtes Geschichtsverständnis.

Geschichtsverständnis: „für Antifaschisten kein Platz“

Der Umerziehung in Deutschland nach 1945 wird von der Neuen Rechten der Vorwurf gemacht, da sei den Deutschen die einzig denkbare Nationalphilosophie, das Selbstbewußtsein geraubt worden. Diese Sichtweise verbreitet sich derzeit in raschem Tempo in Gefilden der öffentlichen Meinung, die durchaus nicht als rechtsextremistisch gelten. Vierzig Jahre lang, so schreibt der Heidelberger Politikwissenschaftler Hans-Joachim Arndt, sei in der Bundesrepublik auf „deutsche Sozialisation“ verzichtet worden, seien deutsche Jahrgänge herangewachsen, die kein „Bewußtsein von ihrem Dasein als Deutsche vermittelt bekamen“. Der CSU-Bundesabgeordnete Lorenz Niegel, bekannt geworden, weil er am 8. Mai 1985 der Gedenkstunde des Bundestages und der Ansprache des Bundespräsidenten unter Protest fernblieb, sagt es so: „Den Deutschen haben die Westmächte und Moskau die Identität gestohlen.“

Hans Wahls, Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, deren Geschichtsdeutungen immer mehr Akzeptanz finden, hat auf einer Tagung dieser Forschungsstelle die folgende Formulierung gefunden (und der sudetendeutsche „Witiko-Brief“ hat sie verbreitet): „Die Umerziehung als psychotechnische Fortsetzung des Krieges hat die bis dahin ein Volk bildenden Deutschen in eine bloße Ansammlung von Individuen verwandelt, die zur Durchsetzung eines zielstrebigem politischen Willens im Eigeninteresse nicht mehr fähig ist.“ Inzwischen aber, so Wahls im „Witiko-Brief“ weiter, sei ein wachsender Teil der westdeutschen Bevölkerung der Dauerselbstgeißelung überdrüssig geworden.

Ein Autor der Zeitschrift „Deutsche Monatshefte“, deren Redaktion zu diesem Zeitpunkt bei dem ehemaligen „Welt“-Journalisten Hans-Dietrich Sander lag, trieb dieserart Gedankengänge zu ihrer möglichen Konsequenz: „Im künftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Denkstätten.“ Und Hans-Dietrich Sander selbst schrieb anlässlich der Auseinandersetzungen um die Bedeutung des Gedenkdatums 8. Mai: „Man kann den Eindruck haben, daß heute in den deutschen Teilstaaten ein gewaltiges Potential nur schläft, um sich zu erholen. Die Deutschen werden als Gläubiger erwachen. Zwischen den Verbrechen an den Deutschen 1944/45, deren Qualität und Quantität unanfechtbar sind, und den Vergaben der Deutschen 1933/45, gegen die immer Zweifel laut wurden, liegen Welten. Sie werden uns das gute Gewissen zurückgeben.“

Wie hier zu sehen ist, muß es nicht bei der schuldausgleichenden Relativierung der politischen Verbrechen des Dritten Reiches bleiben; es wird schon der nächste Schritt der Aufrechnung unternommen, bei dem die Gegenmächte

Hitler-Deutschlands als Schuldner erscheinen. Nicht jeder, der heute dazu auffordert, die Deutschen müßten aus dem Schatten Hitlers heraustreten, wird Sanders Schlüsse teilen wollen. Aber der Drang danach, sich vom sogenannten Vergangenheitstrauma zu lösen, den Bruch mit der Umerziehung vorzunehmen, hat seine eigene Logik.

Rückgriffe auf die Philosophie des Machtstaates

Die Rekonstruktion des Konservatismus als Renationalisierung – dieser Vorgang enthält aber für die neue deutsche Rechte auch den Rückgriff auf die politische Philosophie des Machtstaates. Der in Freiburg und Reutlingen lehrende Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb neulich, nationalpolitische „Lähmung“ sei das beklagenswerte Resultat des seit 1945 verbreiteten „Selbsthasses“ vieler Deutscher, der „fortgesetzten Selbstanklagen“. Oder, in einer Formulierung Filbingers: „Ein Volk, das ewig in der Schuldecke steht, ist politisch nur beschränkt handlungsfähig. Es ist in der Gefahr, Spielball im Kampf zwischen den großen Machtblöcken zu werden.“

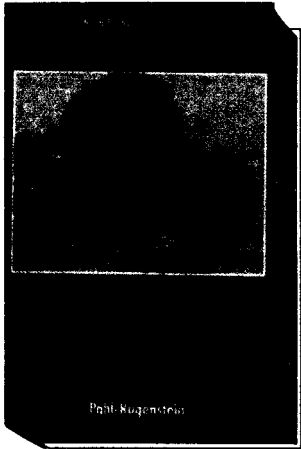
Hier wird auch der Kontext sichtbar, in dem Revisionen des Geschichtsbildes als Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit erst ihren Stellenwert erhalten. Es geht offenbar darum, die „gezähmten Deutschen“, wie Hans-Peter Schwarz sie im Tone des Bedauerns genannt hat, wieder an die freie Wildbahn zu gewöhnen. In der Zeitschrift des Nationaleuropäischen Jugendwerkes, einer kleinen, aber ideologisch gewichtigen Gruppe der Neuen Rechten, schreibt Hans Henning Festge: „Solange diese Nation auf ihr Selbstbewußtsein verzichtet und freiwillig die größten Anschuldigungen im Hochgefühl gerechter Buße auf sich nimmt, ist jeder Versuch, dem deutschen Namen wieder Weltgeltung zu verschaffen, ein aussichtsloses Unterfangen. Weltgeltung aber bedeutet: Macht und damit das Recht zum Überleben.“

Was aber kann „Überleben“, was kann „Macht“ hier meinen? Die Position der Bundesrepublik als Welthandelsgroßmacht ist offensichtlich gegeben, und da ist es wohl nicht angebracht, von einer deutschen „Fellachenmentalität im Schatten Hitlers“ zu reden, wie dies der schon erwähnte renommierte Politologe Hans-Peter Schwarz tut. Wiederum ist zu bedenken, welche innere Logik das Verlangen nach einer neuen deutschen – und nicht nur ökonomischen – „Weltgeltung“ haben kann.

Das Thule-Seminar, der westdeutsche Zweig einer westeuropäischen Richtung der Neuen Rechten, die sich selbst als „metapolitisch“ definiert, bietet hier eine Vision an, die durchaus ihren traditionellen und aktuellen Boden hat. „elemente“, die Prachtzeitschrift dieser Gruppierung, die nun auch auf deutsch erscheint, verlegerisch und redaktionell betreut in Kassel und in Horn am Externsteine, wie Redakteur Burkhard Weecke den Ort benennt, hoffen darauf, daß aus der „augenblicklichen Erniedrigung des Deutschen Volkes wieder einmal eine deutsche Größe hervorgeht“, aus dem „Chaos herausgeboren wird“ (frei nach Nietzsche), sie hoffen auf Deutschland als Zentrum

eines „germanischen“ neuen Europas, das sich durchsetzen soll gegen Amerika und gegen Rußland, die als Ausgeburten ein und desselben egalitaristischen Ungeheuers gelten: der „trotzlosen Raserei der entfesselten Technik und der bodenlosen Organisation des Normalmenschen“ (frei nach Heidegger).

Das „Leben als Kampf“, die „Absage an die Gleichheit“ – das sind die Parolen dieser Richtung der Neuen Rechten, die den „Kulturkrieg gegen sämtliche Entwurzelungskräfte“ verkündet, gegen „den christlichen, gegen den liberalen und gegen den sozialdemokratisch-marxistischen Egalitarismus“. „elemente“ hoffen auf die „Lebens-, Schaffens- und Kampfinstinkte“, auf einen erneuten „Sturm in die Geschichte“, der das Gleichheitsdenken in all seinen Erscheinungsformen „zertrümmern“ soll. „Metapolitik“ bedeutet hier, einen ideologischen Kampf zu führen und das System kultureller Werte für den eigenen Standpunkt zu erobern. Die kulturelle Revolution, so sagt der Vorsitzende des westdeutschen Thule-Seminars, müsse die politische Revolution antizipieren. Und er sagt weiter, frei nach Julius Evola: „Die Macht ist ein Spielball des Willens. Die Eroberung dieser Macht ist die größte Herausforderung des Jahrhunderts und das schönste Projekt, das der Jugend Europas geboten wird.“ Wer die philosophischen Vorräume des historischen Faschismus kennt, der weiß, was sich hier anbaut.



Renate Köbler
Schattenarbeit
Charlotte von Kirschbaum
Die Theologin an der Seite Karl Barths

Die Autorin zeichnet das Lebensbild einer Theologin, die durch ihr Leben und ihre Arbeit Einfluß nahm auf eines der größten theologischen Werke des 20. Jahrhunderts: auf das Karl Barths. Charlotte von Kirschbaum war fast 40 Jahre lang die engste Mitarbeiterin und Lebensgefährtin Karl Barths. Was dieser als ihren „unermessbaren Anteil an Entstehung und Fortgang“ seines Werkes bezeichnete, ist die Schattenarbeit Charlotte von Kirschbaums. Charlotte von Kirschbaum war eine selbstbewußte Frau. Ihr Leben war gewiß kein Schattendasein; dennoch wurde es nach ihrem Tod in dankbarer Vergessenheit verschwiegen. Das Buch will dazu beitragen, daß Charlotte von Kirschbaum nicht eine der unzähligen vergessenen Frauen der Geschichte bleibt.

Pahl-Rugenstein